

## Synopse Satzung über das Feuerschutzwesen der Stadt Bornheim

<p>Satzung über das Feuerschutzwesen der Stadt Bornheim vom 08.06.2016 (alt)</p> <p>-Kostenpflichtige Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr, Verdienstausfall für Selbständige und Brandverhütungsschauen-</p> <p>Aufgrund der §§ 7, 8, 41 Abs. 1 Buchst. f) und 77 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666 / SGV. NRW. 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Januar 2018 (GV. NRW. S. 244), der §§ 21 Abs. 1 und 3, § 26, § 52 Abs. 2, 3, 4 und 5 des Gesetzes über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz vom 17. Dezember 2015 (GV. NRW. S. 886) sowie der §§ 4, 5 und 6 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Oktober 1969 (GV. NRW. S. 712), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 12. Mai 2015 (GV. NRW. S. 448), beschließt der Rat der Stadt Bornheim in seiner Sitzung vom 13.12.2018 folgende 5. Satzung zur Änderung der Satzung über das Feuerschutzwesen in der Stadt Bornheim vom 31.10.2000:</p> <p>I. Abschnitt - Kostenpflichtige Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr</p> <p style="text-align: center;">§ 1</p> <p style="text-align: right;">4)</p> <p style="text-align: center;">Leistungen der Feuerwehr</p> <p>(1) Die Stadt Bornheim unterhält für den Brandschutz und die Hilfeleistung eine Freiwillige Feuerwehr nach Maßgabe des Gesetzes über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BHKG).</p> <p>(2) Die Aufgaben der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bornheim sind vorbeugende und abwehrende Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung zu gewährleisten</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. bei Brandgefahren (Brandschutz),</li> <li>2. bei Unglücksfällen oder solchen öffentlichen Notständen, die durch</li> </ol>	<p style="color: red;">Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten in der Stadt Bornheim bei Einsätzen der Feuerwehr vom</p> <p>Aufgrund der §§ 7 und 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstaben f und i der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666 / SGV. NW. 2023), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. April 2022 (GV. NRW. S. 490), § 52 Abs. 2, 4 und 5 Satz 2 und 6 des Gesetzes über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz vom 17. Dezember 2015 (GV. NRW. S. 886) zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 23. Juni 2021 (GV. NRW. S. 762) hat der Rat der Stadt Bornheim in seiner Sitzung am 31.03.2023 folgende Satzung</p> <p style="text-align: center;">beschlossen:</p> <p style="text-align: center;"><b>§ 1</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Leistungen der Feuerwehr</b></p> <p>(1) Die Stadt Bornheim unterhält für den Brandschutz und die Hilfeleistung eine Freiwillige Feuerwehr nach Maßgabe des Gesetzes über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BHKG).</p> <p>(2) Die Aufgaben der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bornheim sind vorbeugende und abwehrende Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung zu gewährleisten</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. bei Brandgefahren (Brandschutz),</li> <li>2. bei Unglücksfällen oder solchen</li> </ol>
---	--

<p>Naturereignisse, Explosionen oder ähnliche Vorkommnisse verursacht werden (Hilfeleistung) und 3. bei Großeinsatzlagen und Katastrophen (Katastrophenschutzgesetz)</p> <p>(3) Darüber hinaus kann die Feuerwehr auf Antrag auch sonstige Hilfeleistungen erbringen. Ein Rechtsanspruch auf solche Hilfeleistungen besteht nicht.</p> <p style="text-align: center;">§ 2 Kostenersatz</p>	<p>öffentlichen Notständen, die durch Naturereignisse, Explosionen oder ähnliche Vorkommnisse verursacht werden (Hilfeleistung) und 3. bei Großeinsatzlagen und Katastrophen (Katastrophenschutz).</p> <p>(3) Darüber hinaus stellt die Feuerwehr bei Veranstaltungen nach Maßgabe des § 27 BHKG Brandsicherheitswachen, soweit die Veranstalterin oder der Veranstalter dieser Verpflichtung nicht genügt oder genügen kann.</p> <p>(4) Des Weiteren kann die die Feuerwehr auf Antrag auch sonstige Hilfeleistungen erbringen. Ein Rechtsanspruch auf solche Hilfeleistungen besteht nicht. Über die Durchführung entscheidet die Leitung der Feuerwehr.</p> <p style="text-align: center;">§ 2 <b>Erhebung von Kostenersatz</b></p>
<p style="text-align: right;">3) 4)</p> <p>(1) Die Einsätze der Feuerwehr nach § 1 sind in der Regel kostenfrei. Ausnahmen hiervon sind in Absatz 2 geregelt.</p> <p>(2) Die Stadt Bornheim verlangt Ersatz der ihr durch den Einsatz der Feuerwehr und der Hilfe leistenden Feuerwehr im Sinne von § 52 BHKG entstandenen Kosten</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. von der Verursacherin oder dem Verursacher, wenn sie oder er die Gefahr oder den Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat,</li> <li>2. von der Eigentümerin oder dem Eigentümer eines Industrie- oder Gewerbebetriebes für die bei einem Brand aufgewandten Sonderlösch- und Sondereinsatzmittel,</li> <li>3. von der Betreiberin oder dem Betreiber von Anlagen oder Einrichtungen gemäß §§ 29 Abs. 1, 30 Abs. 1 Satz 1 oder 31 BHKG im Rahmen ihrer Gefährdungshaftung nach sonstigen Vorschriften,</li> <li>4. von der Fahrzeughalterin oder dem Fahrzeughalter, wenn die Gefahr oder der Schaden bei dem Betrieb von Kraft-</li> </ol>	<p>(1) Die Einsätze der Feuerwehr nach § 1 sind unentgeltlich, soweit in Abs. 2 nichts anderes bestimmt ist.</p> <p>(2) Für die nachfolgend aufgeführten Einsätze der Feuerwehr wird Ersatz der entstandenen Kosten verlangt:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. von der Verursacherin oder dem Verursacher, wenn sie oder er die Gefahr oder den Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat,</li> <li>2. von der Eigentümerin oder dem Eigentümer eines Industrie- oder Gewerbebetriebes für die bei einem Brand aufgewandten Sonderlösch- und Sondereinsatzmittel,</li> <li>3. von der Betreiberin oder dem Betreiber von Anlagen oder Einrichtungen gemäß §§ 29 Abs. 1, 30 Abs. 1 Satz 1 oder 31 BHKG im Rahmen ihrer Gefährdungshaftung nach sonstigen Vorschriften,</li> <li>4. von der Fahrzeughalterin oder dem Fahrzeughalter, wenn die Gefahr oder</li> </ol>

<p>, Schienen-, Luft- oder Wasserfahrzeugen oder eines Anhängers, der dazu bestimmt ist von einem Kraftfahrzeug mitgeführt zu werden, entstanden ist, sowie von dem Ersatzpflichtigen in sonstigen Fällen der Gefährdungshaftung,</p> <p>5. von der Transportunternehmerin oder dem Transportunternehmer, der Eigentümerin oder dem Eigentümer, der Besitzerin oder dem Besitzer oder sonstigen Nutzungsberechtigten, wenn die Gefahr oder der Schaden bei der Beförderung von Gefahrstoffen oder anderen Stoffen und Gegenständen, von denen aufgrund ihrer Natur, ihrer Eigenschaften oder ihres Zustandes im Zusammenhang mit der Beförderung, Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere für die Allgemeinheit, für wichtige Gemeingüter, für Leben und Gesundheit von Menschen sowie für Tiere und Sachen ausgehen können oder Wasser gefährdenden Stoffen entstanden ist,</p> <p>6. von der Eigentümerin oder dem Eigentümer, der Besitzerin oder dem Besitzer oder von sonstigen Nutzungsberechtigten, wenn die Gefahr oder der Schaden beim sonstigen Umgang mit Gefahrstoffen oder Wasser gefährdenden Stoffen gemäß Nummer 5 entstanden ist, soweit es sich nicht um Brände handelt,</p> <p>7. von der Eigentümerin oder dem Eigentümer, der Besitzerin oder dem Besitzer oder sonstigen Nutzungsberechtigten einer Brandmeldeanlage außer in den Fällen nach Nr. 8, wenn der Einsatz Folge einer nicht bestimmungsgemäßen oder missbräuchlichen Auslösung war,</p> <p>8. von einem Sicherheitsdienst, wenn dessen Mitarbeiterin oder Mitarbeiter eine Brandmeldung ohne eine für den Einsatz der Feuerwehr erforderliche Prüfung weitergeleitet hat,</p> <p>9. von derjenigen Person, die vorsätzlich grundlos oder in grob fahrlässiger</p>	<p>der Schaden bei dem Betrieb von Kraft-, Schienen-, Luft- oder Wasserfahrzeugen oder eines Anhängers, der dazu bestimmt ist von einem Kraftfahrzeug mitgeführt zu werden, entstanden ist, sowie von dem Ersatzpflichtigen in sonstigen Fällen der Gefährdungshaftung,</p> <p>5. von der Transportunternehmerin oder dem Transportunternehmer, der Eigentümerin oder dem Eigentümer, der Besitzerin oder dem Besitzer oder sonstigen Nutzungsberechtigten, wenn die Gefahr oder der Schaden bei der Beförderung von Gefahrstoffen oder anderen Stoffen und Gegenständen, von denen aufgrund ihrer Natur, ihrer Eigenschaften oder ihres Zustandes im Zusammenhang mit der Beförderung, Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere für die Allgemeinheit, für wichtige Gemeingüter, für Leben und Gesundheit von Menschen sowie für Tiere und Sachen ausgehen können oder Wasser gefährdenden Stoffen entstanden ist,</p> <p>6. von der Eigentümerin oder dem Eigentümer, der Besitzerin oder dem Besitzer oder von sonstigen Nutzungsberechtigten, wenn die Gefahr oder der Schaden beim sonstigen Umgang mit Gefahrstoffen oder Wasser gefährdenden Stoffen gemäß Nummer 5 entstanden ist, soweit es sich nicht um Brände handelt,</p> <p>7. von der Eigentümerin oder dem Eigentümer, der Besitzerin oder dem Besitzer oder sonstigen Nutzungsberechtigten einer Brandmeldeanlage außer in Fällen nach Nr. 8, wenn der Einsatz Folge einer nicht bestimmungsgemäßen oder missbräuchlichen Auslösung war,</p> <p>8. von einem Sicherheitsdienst, wenn dessen Mitarbeiterin oder Mitarbeiter eine Brandmeldung ohne eine für den Einsatz der Feuerwehr erforderliche Prüfung weitergeleitet hat,</p> <p>9. von derjenigen Person, die vorsätzlich grundlos oder in grob fahrlässiger</p>
--	--

<p>Unkenntnis der Tatsachen die Feuerwehr alarmiert hat,</p> <p>10.von der Veranstalterin oder dem Veranstalter, wenn Brandsicherheitswachen in Versammlungs- bzw. Ausstellungsräumen, bei Theater-, Zirkus- und Großveranstaltungen oder aus sonstigem Anlass auf Anordnung des Bürgermeisters nach Anhörung des Leiters der Feuerwehr oder auf eigenen Antrag gestellt worden sind,</p> <p>Zu den Einsatzkosten gehören auch die notwendigen Auslagen für die kostenpflichtige Heranziehung Dritter.</p> <p>(3)Besteht neben der Pflicht der Feuerwehr zur Hilfeleistung die Pflicht einer anderen Behörde oder Einrichtung zur Schadenverhütung und Schadensbekämpfung, so sind der Stadt Bornheim die Kosten für den Feuerwehreinsatz vom Rechtsträger der anderen Behörde oder Einrichtung zu erstatten, sofern ein Kostenersatz nach Absatz 2 Satz 1 nicht möglich ist.</p> <p>(4)Die Höhe des Kostenersatzes bestimmt sich nach dem anliegenden Kostentarif, der Bestandteil dieser Satzung ist (Anlage 1).</p> <p>(5)Für den Kostenersatz ist die Zeit nach Minuten-Tarif lt. Anlage 1 vom Ausrücken der Mannschaften, Fahrzeuge und Geräte vom Feuerwehrgerätehaus bis zur wiederhergestellten Einsatzbereitschaft maßgebend.</p> <p style="text-align: center;">§ 3</p> <p style="text-align: right;">4)</p> <p>Entgelte für freiwillige Hilfeleistungen der Feuerwehr</p> <p>(1)Für die Gestellung von Brandsicherheitswachen und für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bornheim, die über den im BHKG genannten Aufgabenbereich hinausgehen, können Entgelte erhoben werden.</p>	<p>Unkenntnis der Tatsachen die Feuerwehr alarmiert hat,</p> <p>10. (entfallen)</p> <p>(3) Zu den Einsatzkosten gehören auch die notwendigen Auslagen für die kostenpflichtige Heranziehung Dritter. <b>Über die Beauftragung entscheidet die Einsatzleitung.</b></p> <p>(4) Besteht neben der Pflicht der Feuerwehr zur Hilfeleistung die Pflicht einer anderen Behörde oder Einrichtung zur Schadenverhütung und Schadensbekämpfung, so sind der Stadt Bornheim die Kosten für den Feuerwehreinsatz vom Rechtsträger der anderen Behörde oder Einrichtung zu erstatten, sofern ein Kostenersatz nach Absatz 2 <del>Satz 1</del> nicht möglich ist.</p> <p>(entfallen, neu § 4)</p> <p>(entfallen, neu § 4)</p> <p style="text-align: center;">§ 3</p> <p style="text-align: center;"><b>Erhebung von Entgelten für Brandsicherheitswachen und sonstige Leistungen der Feuerwehr</b></p> <p>(1) <b>Privatrechtliche Entgelte werden erhoben</b></p> <p>1. <b>von der Veranstalterin oder dem Veranstalter, der Betreiberin oder dem Betreiber der Anlage oder der Betreiberin oder dem Betreiber</b></p>
--	---

<p>(2)Die entgeltspflichtige Leistung der Feuerwehr kann von der Vorausentrichtung des Entgelts oder von der Hinterlegung einer Sicherheit abhängig gemacht werden.</p>	<p>einer Versammlungsstätte bei der Gestellung von Brandsicherheitswachen nach § 27 BHKG,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>2. für die Abnahme von Feuerwehrezufahrten und Anleiterproben zur Sicherstellung des 2. Rettungsweges,</li> <li>3. für Leistungen auf dem Gebiet des vorbeugenden und abwehrenden Brandschutzes außerhalb des Baugenehmigungsverfahrens, für die mündlich oder schriftlich ein Auftrag erteilt worden ist und mit der die Anfertigung einer Stellungnahme, einer Beratung zur Vorbereitung eines Brandschutzgutachtens/Brandschutzkonzeptes zu einem definierten Objekt oder ähnliches zu einem definierten Objekt verbunden ist,</li> <li>4. für die Aufschaltungsüberprüfung bei Inbetriebnahme, Änderung oder Erweiterung der Brandmeldeanlage, für sonstige Einzeltermine oder Beratungsleistungen bei der Erstellung der Brandmeldeanlage,</li> <li>5. für die Inbetriebnahme, jährliche Überprüfung eines Feuerwehrschlüsseldepots und/oder Feuerwehrschlüsselrohres sowie für sonstige Einzeltermine aus besonderem Anlass,</li> <li>6. von denjenigen, die eine sonstige Leistung, die über den nach § 1 Abs. 2 genannten Aufgabenbereich hinausgeht, in Anspruch genommen haben oder diese Leistung angefordert haben oder in deren Auftrag angefordert wurde. Ein Anspruch auf sonstige Leistungen der Feuerwehr besteht nicht. Eine Entscheidung hierüber trifft die Leitung der Feuerwehr nach pflichtgemäßem Ermessen.</li> </ol> <p>(entfallen, s. § 4)</p>
---	--

## § 4

### Berechnungsgrundlage

- (1) Der Kostenersatz und die Entgelte für Personal, Fahrzeuge und Geräte werden nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen berechnet. Es können Pauschalbeträge festgelegt werden. Zu den Kosten gehören auch die anteilige Verzinsung des Anlagekapitals und die anteiligen Abschreibungen sowie Verwaltungskosten einschließlich anteiliger Gemeinkosten.
- (2) Soweit der Kostenersatz bzw. die Entgelte nach der Einsatzzeit zu berechnen sind, wird der Zeitraum von der Alarmierung bis zum Einsatzende in Ansatz gebracht. Maßgeblich ist der Einsatzbericht. Für jede Minute wird der im Kosten- / Entgelttarif aufgeführte Kostensatz berechnet. Bei Einsätzen, die eine besondere Reinigung der Fahrzeuge und Geräte erforderlich machen, wird die Zeit für die Reinigung der Einsatzzeit hinzugerechnet.
- (3) Die Höhe des Kostenersatzes und der Entgelte bestimmt sich nach dem Kostentarif, der Bestandteil dieser Satzung ist.
- (4) Entstandene Sachkosten, die nicht gemäß Abs. 1 geltend gemacht werden, werden in voller Höhe zum jeweiligen Selbstkostenpreis berechnet.
- (5) Für die Beauftragung privater Unternehmen und / oder Hilfsorganisationen wird Kostenersatz geltend gemacht. Die Höhe des geltend gemachten Kostenersatzes richtet sich nach den tatsächlich angefallenen Kosten.
- (6) Von dem Ersatz der Kosten oder der Erhebung von Entgelten kann abgesehen werden, soweit dies nach Lage des Einzelfalls eine unbillige Härte wäre oder aufgrund gemeindlichen Interesses gerechtfertigt ist.

<p style="text-align: center;">§ 4</p> <p style="text-align: right;">4)</p> <p style="text-align: center;">Kosten und Entgeltschuldner</p> <p>(1) Zur Zahlung des Kostenersatzes für Einsätze der Feuerwehr sind die in § 2 Abs. 2 genannten Personen verpflichtet. Mehrere Kostenersatzpflichtige haften als Gesamtschuldnerinnen oder Gesamtschuldner.</p> <p>(2) Zur Zahlung des Entgelts für die in § 3 Abs. 1 genannten sonstigen Hilfeleistungen der Feuerwehr ist diejenige Person verpflichtet, die die Leistung in Anspruch nimmt, bestellt oder bestellen lässt. Mehrere Entgeltpflichtige haften als Gesamtschuldnerinnen oder Gesamtschuldner.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 5</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Kosten und Entgeltschuldner</b></p> <p>(1) Zur Zahlung des Kostenersatzes für Einsätze der Feuerwehr sind die in § 2 Abs. 2 genannten Personen verpflichtet. Mehrere Kostenersatzpflichtige haften als Gesamtschuldnerinnen und Gesamtschuldner.</p> <p>(2) Zur Zahlung von Entgelten nach § 3 sind bei Brandsicherheitswachen die Veranstalterin oder der Veranstalter und bei Entgelten für sonstige Hilfeleistungen der Feuerwehr die Auftraggeberin oder der Auftraggeber verpflichtet. Mehrere Entgeltpflichtige haften als Gesamtschuldnerinnen und Gesamtschuldner.</p>
<p style="text-align: center;">§ 5</p> <p style="text-align: center;">Entstehung und Fälligkeit der Kostenschuld</p> <p>(1) Der Kostenersatzanspruch nach § 2 entsteht mit dem Ausrücken und endet mit der wiederhergestellten Einsatzbereitschaft nach Beendigung der kostenpflichtigen Leistung der Feuerwehr. Der Kostenersatz ist durch Leistungsbescheid zu erheben. Er wird mit der Bekanntgabe des Kostenersatzbescheides fällig, wenn in dem Bescheid nicht ein späterer Zeitpunkt bestimmt ist.</p> <p>(2) Der Entgeltanspruch nach § 3 entsteht mit Beendigung der entgeltpflichtigen Leistung der Feuerwehr. Er wird im Zeitpunkt des Entstehens fällig, wenn nicht die Stadt Bornheim einen späteren Zeitpunkt festsetzt.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 6</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Entstehung, Fälligkeit und Vorausleistungen</b></p> <p>(1) Der Kostenersatzanspruch nach § 2 und der Entgeltanspruch nach § 3 entstehen mit Beendigung der jeweiligen Leistung. Sie werden mit Bekanntgabe des Kostenersatzbescheides bzw. der Entgeltrechnung fällig, wenn im Bescheid bzw. der Rechnung nicht ein späterer Zeitpunkt bestimmt ist.</p> <p>(2) Die Leistungen nach § 3 können von der Vorausentrichtung des Entgelts oder von der Hinterlegung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden.</p>
<p style="text-align: center;">§ 6</p> <p style="text-align: right;">4)</p> <p style="text-align: center;">Haftung</p> <p>(1) Die Haftung für Schäden im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme von Leistungen nach dieser Satzung wird auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 7</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Haftung</b></p> <p>(1) Die Stadt Bornheim haftet bei der Erbringung von freiwilligen Leistungen gemäß § 1 Abs. 3 dieser Satzung nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.</p>

(2) Bei Schäden Dritter hat die Kostenersatzpflichtige oder der Kostenersatzpflichtige oder die Entgeltpflichtige oder der Entgeltpflichtige die Stadt Bornheim von Ersatzansprüchen freizustellen, es sei denn, dass der Feuerwehr grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt.

### § 7

#### Befreiung von der Entgeltspflicht

Entgelte werden nicht erhoben, soweit die Leistungen der Feuerwehr

1. für von der Stadt als förderungswürdig anerkannte kultur- und brauchums-tragende sowie sporttreibende Vereine, Verbände, Organisationen und Einrichtungen, Jugendgemeinschaften, Jugendvereinigungen, Jugendverbände, Jugendorganisationen und Einrichtungen, freiwillige Hilfsorganisa-tionen wie DRK, DLRG, JUH, MHD usw., alle allgemeinbildenden Schulen, die Volkshochschule, die Musikschule, politische Parteien, in der Stadt erbracht werden;
2. sich auf die Teilnahme an der Kultur- und Brauchtumpflege sowie dem örtlichen Vereinsleben (z.B. Teilnahme an den Martinszügen, Karnevalsumzügen und Umzügen aus anderen Anlässen, wie Goldhochzeiten, Vereinsjubiläen u. ä.) beziehen.

### § 8

4)

#### Stundung, Niederschlagung und Erlass

Eine Forderung aufgrund dieser Satzung kann die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister auf Antrag ganz oder teilweise stunden, niederschlagen oder erlassen, wenn ihre Erhebung im Hinblick auf die besonderen Umstände des Einzelfalles, insbesondere mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der oder des Kostenersatz- und Entgeltpflichtigen eine unbillige Härte darstellt oder dies aufgrund gemeindlichen Interesses gerechtfertigt ist.

(entfallen)

(entfallen, neu § 4 Abs. 6)

### § 8

#### Stundung, Niederschlagung und Erlass

Es gelten die Regelungen der §§ 20-22 der Dienstanweisung Finanzbuchhaltung der Stadt Bornheim gemäß § 31 Abs. 1 Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW).

### § 9

#### Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit dem Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Bornheim über das Feuerschutzwesen in der Stadt Bornheim vom 08.06.2016 außer Kraft.

<p>II. Abschnitt – Verdienstausfall</p> <p>§ 9 Verdienstausfallentschädigung (entfallen)</p> <p>§ 10 Regelstundensatz (entfallen)</p> <p>§ 11 Höchstbetrag (entfallen)</p> <p>III. Abschnitt – Brandverhütungsschauen-</p>	<p>II. Abschnitt – Verdienstausfall</p> <p>§ 9 Verdienstausfallentschädigung (entfallen)</p> <p>§ 10 Regelstundensatz (entfallen)</p> <p>§ 11 Höchstbetrag (entfallen)</p> <p>5)</p> <p>3) 5)</p> <p>3) 5)</p> <p>III. Abschnitt – Brandverhütungsschauen-</p> <p>(entfallen, siehe:)</p> <p>Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandverhütungsschau in der Stadt Bornheim vom</p> <p>Aufgrund des § 52 Abs. 5 Satz 1 in Verbindung mit § 26 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz vom 17. Dezember 2015 (GV. NRW. S. 886) zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 23. Juni 2021 (GV. NRW. S. 762) und § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli</p>
--	---

<p style="text-align: center;">§ 12</p> <p style="text-align: right;">4)</p> <p style="text-align: center;">Zweck der Brandverhütungsschau</p> <p>(1) Die Brandverhütungsschau dient dem Zweck, vorbeugend zu prüfen, ob Gebäude und Einrichtungen, die in erhöhtem Maße brand- oder explosionsgefährdet sind oder in denen bei Ausbruch eines Brandes oder bei einer Explosion eine große Anzahl von Personen oder erhebliche Sachwerte gefährdet sind, den Erfordernissen des abwehrenden Brandschutzes entsprechen.</p> <p>(2) Die Prüfung der Erfordernisse des abwehrenden Brandschutzes dient der Feststellung brandschutztechnischer Mängel und Gefahrenquellen sowie der Anordnung von Maßnahmen, die der Entstehung eines Brandes oder der Ausbreitung von Feuer und Rauch vorbeugen und bei einem Brand oder Unglücksfall die Rettung von Menschen und Tieren, den Schutz von Sachwerten sowie wirksame Löscharbeiten ermöglichen.</p> <p style="text-align: center;">§ 13</p> <p style="text-align: right;">4)</p> <p style="text-align: center;">Gebührenpflichtige Amtshandlungen</p> <p>(1) Gebührenpflichtig sind die Leistungen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. zur Durchführung der Brandverhütungsschau im Sinne von § 12 einschließlich deren Vor- und Nachbereitung. Dies gilt auch in den Fällen, in denen die für die Brandverhütungsschau zuständige Dienststelle an Prüfungen der Bauaufsichtsbehörde beteiligt ist und dabei zugleich eine Brandverhütungsschau vornimmt,</li> <li>2. infolge erforderlicher Nachbesichtigungen (Nachschau),</li> </ol>	<p style="color: red;">1994 (GV. NRW. S. 666 / SGV. NW. 2023), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. April 2022 (GV. NRW. S. 490), beschließt der Rat der Stadt Bornheim in seiner Sitzung am 31.03.2023 folgende Satzung:</p> <p style="text-align: center;"><b>§ 1</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Zweck der Brandverhütungsschau</b></p> <p>(1) Die Brandverhütungsschau dient dem Zweck, <b>präventiv</b> zu prüfen, ob Gebäude und Einrichtungen, die in erhöhtem Maße brand- oder explosionsgefährdet sind oder in denen bei Ausbruch eines Brandes oder bei einer Explosion eine große Anzahl von Personen oder erhebliche Sachwerte gefährdet sind, den Erfordernissen des abwehrenden Brandschutzes entsprechen.</p> <p>(2) Die Prüfung der Erfordernisse des abwehrenden Brandschutzes dient der Feststellung brandschutztechnischer Mängel und Gefahrenquellen sowie der Anordnung von Maßnahmen, die der Entstehung eines Brandes oder der Ausbreitung von Feuer und Rauch vorbeugen und bei einem Brand oder Unglücksfall die Rettung von Menschen und Tieren, den Schutz von Sachwerten sowie wirksame Löscharbeiten ermöglichen.</p> <p style="text-align: center;"><b>§ 2</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Gebührenpflichtige Amtshandlungen</b></p> <p>(1) Gebührenpflichtig sind die Leistungen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. zur Durchführung der Brandverhütungsschau im Sinne von <b>§ 1</b> einschließlich deren Vor- und Nachbereitung. Dies gilt auch in den Fällen, in denen die für die Brandverhütungsschau zuständige Dienststelle an Prüfungen der Bauaufsichtsbehörde beteiligt ist und dabei zugleich eine Brandverhütungsschau vornimmt,</li> <li>2. infolge erforderlicher Nachbesichtigungen (Nachschau),</li> </ol>
--	---

3. im Bereich des vorbeugenden und abwehrenden Brandschutzes außerhalb des Baugenehmigungsverfahrens, die mündlich oder schriftlich beantragt worden und mit der Anfertigung einer gutachterlichen Stellungnahme, eines Brandschutzgutachtens oder eines Brandschutzkonzeptes zu einem definierten Objekt verbunden sind.

(2) Unberührt bleibt das Recht anderer Behörden, insbesondere der Bauaufsichtsbehörde, zur Erhebung von Gebühren aufgrund besonderer Vorschriften, wenn sie in eigener Zuständigkeit an der Durchführung der Brandverhütungsschau teilgenommen haben oder nach Durchführung der Brandverhütungsschau tätig geworden sind.

#### § 14

##### Gebührenmaßstab

(1) Die Gebühren werden nach der Dauer der Amtshandlung und nach der Zahl der notwendig eingesetzten Dienstkräfte bemessen. Zur Gebühr gehören auch die Entgelte für die in Anspruch genommenen Fremdleistungen. Bei der Bemessung der Gebühren werden zudem Umfang und Schwierigkeitsgrad der Amtshandlung im Einzelfall berücksichtigt.

(2) Die Bemessung der Gebühren erfolgt im Einzelnen nach den in der Anlage 2 aufgeführten Gebührensätzen und unter Berücksichtigung der in Anlage 3 aufgeführten Objekte. Die Anlagen sind Bestandteile der Satzung.

#### § 15

##### Auslagenersatz

Besondere bare Auslagen, die im Zusammenhang mit der Amtshandlung entstehen, sind zu ersetzen, auch wenn eine Befreiung von der Gebühr für die Amtshandlung besteht.

3. im Bereich des vorbeugenden und abwehrenden Brandschutzes außerhalb des Baugenehmigungsverfahrens, die mündlich oder schriftlich beantragt worden und mit einer brandschutztechnischen Begehung, der Anfertigung einer gutachterlichen Stellungnahme, eines Brandschutzgutachtens oder eines Brandschutzkonzeptes zu einem definierten Objekt verbunden sind,

(2) Unberührt bleibt das Recht anderer Behörden, insbesondere der Bauaufsichtsbehörde, zur Erhebung von Gebühren aufgrund besonderer Vorschriften, wenn sie in eigener Zuständigkeit an der Durchführung der Brandverhütungsschau teilgenommen haben oder nach Durchführung der Brandverhütungsschau tätig geworden sind.

#### § 3

##### Gebührenmaßstab

(1) Die Gebühren werden nach der Dauer der Amtshandlung und nach der Zahl der notwendig eingesetzten Dienstkräfte bemessen. Zur Gebühr gehören auch die Entgelte für die in Anspruch genommenen Fremdleistungen. Bei der Bemessung der Gebühren werden zudem Umfang und Schwierigkeitsgrad der Amtshandlung im Einzelfall berücksichtigt.

(2) Die Bemessung der Gebühren erfolgt im Einzelnen nach den in der Anlage 1 aufgeführten Gebührensätzen und unter Berücksichtigung der in Anlage 2 aufgeführten Objekte. Die Anlagen sind Bestandteil der Satzung.

#### § 4

##### Auslagenersatz

Besondere bare Auslagen, die im Zusammenhang mit der Amtshandlung entstehen, sind zu ersetzen, auch wenn eine Befreiung von der Gebühr für die Amtshandlung besteht.

<p style="text-align: center;">§ 16</p> <p style="text-align: right;">4)</p> <p>Zeitliche Folge der Brandverhütungsschau</p> <p>(1) Die zeitliche Folge der Brandverhütungsschau richtet sich bei Objekten, die Gegenstand von Sonderbau-Verordnungen oder baurechtlichen Anordnungen sind, nach den entsprechenden baurechtlichen Vorschriften. Im Übrigen ist die Brandverhütungsschau je nach Gefährdungsgrad der in der Anlage 3 aufgeführten Objekte in Zeitabständen von längstens sechs Jahren durchzuführen.</p> <p>(2) Fehlen Vorschriften zu den Zeitabständen der Brandverhütungsschau, werden diese von der Stadt Bornheim unter Berücksichtigung des Gefährdungsgrades von Objekten nach pflichtgemäßem Ermessen festgelegt.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 5</b></p> <p><b>Zeitliche Folge der Brandverhütungsschau</b></p> <p>(1) Die zeitliche Folge der Brandverhütungsschau richtet sich bei Objekten, die Gegenstand von <b>Sonderverordnungen</b> oder baurechtlichen Anordnungen sind, nach den entsprechenden baurechtlichen Vorschriften. Im Übrigen ist die Brandverhütungsschau je nach Gefährdungsgrad der in der Anlage <b>2</b> aufgeführten Objekte in Zeitabständen von längstens sechs Jahren durchzuführen.</p> <p>(2) Fehlen Vorschriften zu den Zeitabständen der Brandverhütungsschau, werden diese von der Stadt Bornheim unter Berücksichtigung des Gefährdungsgrades von Objekten nach pflichtgemäßem Ermessen festgelegt.</p>
<p style="text-align: center;">§ 17</p> <p style="text-align: right;">4)</p> <p style="text-align: center;">Gebührensschuldner</p> <p>(1) Gebührensschuldner ist die Eigentümerin oder der Eigentümer, die Besitzerin oder der Besitzer, die sonstige Nutzungsberechtigte oder der sonstige Nutzungsberechtigte des der Brandverhütungsschau unterworfenen Objektes sowie diejenige oder derjenige, die oder der eine Leistung der Brandschutzdienststelle gem. § 13 Abs. 1 Nr. 3 beantragt. Mehrere Personen im Sinne des Satzes 1 haften als Gesamtschuldner.</p> <p>(2) Gebührenfreiheit besteht unter den Voraussetzungen des § 5 Abs. 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der jeweils geltenden Fassung.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 6</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Gebührensschuldner</b></p> <p>(1) Gebührensschuldner ist die Eigentümerin oder der Eigentümer, die Besitzerin oder der Besitzer, die sonstige Nutzungsberechtigte oder der sonstige Nutzungsberechtigte des der Brandverhütungsschau unterworfenen Objektes sowie diejenige oder derjenige, die oder der eine Leistung der Brandschutzdienststelle gem. § 2 Abs. 1 Nr. 3 beantragt. Mehrere Personen im Sinne des Satzes 1 haften <b>als Gesamtschuldnerinnen und Gesamtschuldner</b>.</p> <p>(2) Gebührenfreiheit besteht unter den Voraussetzungen des § 5 Abs. 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der jeweils geltenden Fassung.</p>
<p style="text-align: center;">§ 18</p> <p style="text-align: right;">4)</p> <p style="text-align: center;">Entstehung, Festsetzung, Fälligkeit, Stundung, Erlass der Gebühr</p> <p>(1) Die Gebühr entsteht mit Abschluss der Amtshandlung. Die Gebühr wird durch Bescheid festgesetzt. Sie ist mit Zugang</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 7</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Entstehung, Festsetzung, Fälligkeit, Stundung, Erlass der Gebühr</b></p> <p>(1) Die Gebühr entsteht mit Abschluss der Amtshandlung. Die Gebühr wird durch Bescheid festgesetzt. Sie ist mit Zugang</p>

des Bescheides fällig und innerhalb von einem Monat zu entrichten.

- (2) Die Entrichtung der Gebühr kann ganz oder teilweise gestundet werden, wenn die Entrichtung innerhalb des angegebenen Zahlungszeitraumes eine erhebliche Härte für die Schuldnerin oder den Schuldner bedeuten würde und der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet erscheint. Die Stundung ist in der Regel nur auf Antrag und bei einer Gebührenhöhe von über 500,00 € gegen Sicherheitsleistung zu gewähren.
- (3) Von der Erhebung der Gebühr kann abgesehen werden, soweit dies nach Lage des Einzelfalles eine unbillige Härte wäre oder aufgrund gemeindlichen Interesses gerechtfertigt ist.

#### § 19

##### Inkrafttreten

Diese Änderungssatzung tritt mit dem Tage nach der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Bornheim über die Erhebung von Kostenerstattung und Entgelten für die Inanspruchnahme der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bornheim vom 26.02.2014 in der zzt. geltenden Fassung außer Kraft.

des Bescheides fällig und innerhalb von einem Monat zu entrichten.

- (2) Die Entrichtung der Gebühr kann ganz oder teilweise gestundet werden, wenn die Entrichtung innerhalb des angegebenen Zeitraumes eine erhebliche Härte für die Schuldnerin oder den Schuldner bedeuten würde und der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet erscheint. Die Stundung ist in der Regel nur auf Antrag und bei einer Gebührenhöhe von über 700,00 € gegen Sicherheitsleistung zu gewähren.
- (3) Von der Erhebung der Gebühr kann abgesehen werden, soweit dies nach Lage des Einzelfalles eine unbillige Härte wäre oder aufgrund gemeindlichen Interesses gerechtfertigt ist.

#### § 8

##### Rechtsbehelfe

- (1) Gegen die Heranziehung zur Zahlung der Gebühr stehen der Gebührenschuldnerin oder dem Gebührenschuldner die Rechtsbehelfe der Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.03.1991 (BGBl. I S 686) in der aktuellsten Version i.V.m. dem § 110 Justizgesetz NW vom 26.01.2010 (GV NW S.30) in der jeweils geltenden Fassung zu.
- (2) Durch Einlegung eines Rechtsbehelfs wird die Verpflichtung zur Errichtung der Gebühr nicht aufgehoben.

#### § 9

##### Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit dem Tage nach der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Bornheim über das Feuerschutzwesen in der Stadt Bornheim vom 08.06.2016 außer Kraft.

<b>Anlage 1 alt</b>	1) 2) 3)	<b>Anlage Kostenersatz-/Entgeltsatzung</b>	
<b>Kostentarif</b>		<b>Kostentarif</b>	
gem. § 2 der Satzung über das Feuerschutzwesen in der Stadt Bornheim		Zur Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten in der Stadt Bornheim bei Einsätzen der Feuerwehr	
<b>I. Personaleinsatz</b>	<b>MinutenTarif</b>	<b>I. Personaleinsatz</b>	<b>Minuten-Tarif</b>
1. Einsatzleiter – hauptamtlich-	0,82 €	je eingesetzter Einsatzkraft	<b>0,62 €</b>
2. Einsatzleiter –ehrenamtlich-	0,29 €		
3. übrige Feuerwehr- angehörige	0,29 €		
<b>II. Fahrzeug- und Geräteinsatz</b>	<b>MinutenTarif</b>	<b>II. Fahrzeug- und Geräteinsatz Minuten- Tarif</b>	
1. Funkkommandowagen (KdoW)	0,44 €	<b>Fahrzeuggruppe I</b>	<b>1,37 €</b>
2. Löschgruppenfahrzeug (LF 8/6 / LF 10/6 / LF 20/16)	0,64 €	Funkkommandowagen (KdoW), Einsatzleitwagen (ELW), Mannschaftstransportfahrzeug (MTF), Mehrzweckfahrzeug (MZF)	
3. Tanklöschfahrzeug (TLF 16-25)	0,65 €	<b>Fahrzeuggruppe II</b>	<b>1,72 €</b>
4. Tragkraftspritzenfahr- zeug (TSF / TSF-W)	0,61 €	Löschgruppenfahrzeug 20 (LF 20), Tanklöschfahrzeug (TLF), Hilfeleistungslöschfahrzeug 20 (HLF 20), Löschfahrzeug Katastrophe S (LF-Kat S), Dekontaminationsfahrzeug (Dekon-P)	
5. Rüstwagen / Gerätewagen Logistik (RW 1 / GW-Logistik)	0,73 €	<b>Fahrzeuggruppe III</b>	<b>2,26 €</b>
6. Gerätewagen Messtechnik (GW-Mess)	1,11 €	Löschgruppenfahrzeug (LF10), Mittleres Löschfahrzeug (MLF)	
7. Drehleiter mit Rettungskorb (DLA (K) 23-12)	1,24 €	<b>Fahrzeuggruppe IV</b>	<b>1,08 €</b>
8. Mannschaftstransport- fahrzeug (MTF)	0,60 €	Tragkraftspritzenfahrzeug (TSF / TSF-W)	
		<b>Fahrzeuggruppe V</b>	<b>1,80 €</b>
		Rüstwagen / Gerätewagen Logistik (RW 1 / GW-Logistik), Gerätewagen Messtechnik (GW- Mess)	
		<b>Fahrzeuggruppe VI</b>	<b>2,41 €</b>
		Drehleiter mit Rettungskorb (DLA (K) 23-12)	
		<b>Fahrzeuggruppe VII</b>	<b>1,63 €</b>
		Mehrzweckboot (MZB), Rettungsboot (RTB)	
<b>Die Tarifsätze sind Minuten-Tarife und beinhalten die Kosten für die auf den Fahrzeugen mitgeführten Geräte.</b>		<b>Die Tarifsätze sind Minuten-Tarife und beinhalten die Kosten für die auf den Fahrzeugen mitgeführten Geräte.</b>	

<p style="text-align: center;"><b>III. Brandsicherheitswachen</b></p> <p>Die Kosten für den Feuerwehrangehörigen berechnen sich je zu ½ nach Ziffer 2. und 3. des Personaleinsatzes unter I. Die Kosten für die Bereitstellung von Fahrzeugen und Geräten berechnen sich nach Ziffer 1. bis 8. des Fahrzeug- und Geräteeinsatzes unter II.</p> <p style="text-align: center;"><b>IV. Sonstiger Auslagenersatz</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Kosten für Verbrauchsmaterialien, wie z.B. Schaummittel, Ölbindemittel, Löschpulver, Sauerstoff, Pressluft, Atemfilter u.ä. werden zum Selbstkostenpreis in Rechnung gestellt.</li> <li>2. Für außergewöhnliche Instandsetzungs- und Säuberungsarbeiten an den benutzten Fahrzeugen und Geräten werden Personalkosten nach Ziff. I erhoben.</li> <li>3. Etwaige Leistungen Dritter (z.B. für die Reinigung und Entseuchung verschmutzter Geräte, Ausrüstungsgegenstände und Fahrzeuge, für Transport pp.) werden zum Selbstkostenpreis in Rechnung gestellt.</li> </ol> <p>Dies gilt auch für nicht mehr zu reinigende Geräte, Ausrüstungsgegenstände und Fahrzeuge. Ist hierdurch eine Einsatzfähigkeit nicht mehr gewährleistet, erfolgt Ersatzbeschaffung auf Kosten des Kostenpflichtigen/der Kostenpflichtigen.</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>4. Bei der Beschädigung von Fahrzeugen und Geräten, die vom Kostenpflichtigen/von der Kostenpflichtigen zu vertreten sind, sind die Wiederherstellungskosten zu ersetzen. Im Falle des Verlustes ist Ersatz zu leisten.</li> </ol>	<p style="text-align: center;"><b>III. Brandsicherheitswachen</b></p> <p>(entfallen)</p> <p style="text-align: center;"><b>III Sachkosten</b></p> <p>Verbrauchsmaterialien, wie z.B. Schaummittel, Ölbindemittel, Löschpulver, Sauerstoff, Pressluft, Atemfilter u.ä. werden in voller Höhe zum jeweiligen Selbstkostenpreis berechnet.</p>
--	---

Anlage 2 alt	1) 2) 3)	Anlage 1 Gebührensatzung
<b>Gebührensätze</b>		<b>Gebührensätze</b>
gem. § 14 der Satzung über das Feuerschutzwesen in der Stadt Bornheim vom 31.10.2000		Für die Bemessung der Gebühren gem. § 3 der der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandverhütungsschau in der Stadt Bornheim vom      gelten folgende Regelsätze:
Zur Bemessung der Gebühren für die Durchführung der Brandschau in der Stadt Bornheim gelten folgende Regelsätze:		
<b>1. Durchführung einer Brandschau oder einer Nachschau am Objekt nach Dauer der Amtshandlung</b>		<b>1. Durchführung einer Brandverhütungsschau oder einer Nachschau am Objekt nach Dauer der Amtshandlung</b>
je angefangene halbe Stunde 24,55 € pauschal		je Minute 0,96 €
bei überdurchschnittlichem 51,00 € Schwierigkeitsgrad des Objektes zusätzlich je angefangene Stunde pauschal		
<b>2. Vorbereitung und/oder Nachbereitung der Brandschau entsprechend dem Arbeitsaufwand</b>		<b>2. Vorbereitung und/oder Nachbereitung der Brandverhütungsschau entsprechend dem Arbeitsaufwand</b>
je angefangene halbe Stunde 22,40 € pauschal		je Minute 0,96 €
bei überdurchschnittlichem 27,00 € Schwierigkeitsgrad des Objektes zusätzlich je angefangene Stunde pauschal		
<b>3. Durchführung einer Objektbesichtigung auf Antrag von Personen im Sinne des § 17 Abs. 1 Satz 1</b>		<b>3. Durchführung einer Objektbesichtigung auf Antrag von Personen im Sinne des § 6 Abs. 1 Satz 1</b>
Die Bemessung der Gebühr erfolgt in entsprechender Anwendung der Regelungen zu Ziffer 1.		Die Bemessung der Gebühr erfolgt in entsprechender Anwendung der Regelungen zu Ziffer 1.
<b>4. Leistungen gem. § 13 Abs. 1 Nr. 3</b>		<b>4. Leistungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 3</b>
<b>4.1</b> Schriftlich erteilte gutachtliche 46,00 € Stellungnahme je angefangene Stunde		je Minute 0,96 €
<b>4.2</b> Erstellung eines 46,00 € Brandschutzgutachtens je angefangene Stunde		
<b>4.3</b> Erstellung eines 46,00 € Brandschutzkonzeptes je angefangene Stunde		

## Anlage 3 alt

### Aufstellung der Objekte für die Gebührenbemessung

nach Anlage 2 (Gebührensätze) der Satzung  
über das Feuerschutzwesen in der Stadt  
Bornheim vom 31.10.2000

#### Lfd. Nr. O b j e k t e

- 1. Pflege- und Betreuungsobjekte**
  - 1.1 Krankenhäuser nach  
Krankenhausbauverordnung (KhBauVO  
)<sup>\*)</sup>
  - 1.2 Heime
    - 1.2.1 Altenwohnheim mit / ohne Pflegeplätze
    - 1.2.2 Gebäude für hilfsbedürftige  
minderjährige Personen (ab 9 Personen)
    - 1.2.3 Gebäude für körperlich und geistig  
behinderte Personen (ab 9 Personen)
    - 1.2.4 Gebäude für körperlich und geistig  
behinderte Personen bei nur tagsüber  
Untergebrachten (ab 20 Personen)
  - 1.3 Kindergärten, -tagesstätten, -horte
  
- 2. Übernachtungsobjekte**
  - 2.1 Beherbergungsbetrieb nach  
Gaststättenbauverordnung (GastBauVO)  
(ab 9 Betten)
  - 2.2 Obdachlosenunterkünfte
  - 2.3 Notunterkünfte (Aussiedler, Umsiedler,  
Asylbewerber)
  - 2.4 Camping- und Wochenendplätze  
(CWVO)
- 3. Versammlungsobjekte**
  - 3.1 Versammlungsstätten nach VStättVO \*)
    - 3.1.1 Gebäude mit Bühnen-/Szenenflächen  
(ab 100 Personen)
    - 3.1.2 Gebäude mit Filmvorführungen (ab 100  
Personen)
    - 3.1.3 Gebäude mit Räumen ab 200 Personen  
(z. B. Sporthallen)

## Anlage 2 neu

### Aufstellung der Objekte für die Gebührenbemessung

gem. § 3 der der Satzung über die Erhebung  
von Gebühren für die Durchführung der  
Brandverhütungsschau in der Stadt Bornheim  
vom

- 1. Pflege- und Betreuungsobjekte**
  - 1.1 Krankenhäuser
  
  - 1.2 Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen
    - 1.2.1 Altenwohnheime und Einrichtungen mit  
Pflege- und Betreuungsleistungen,  
nach RL über deren bauaufsichtlichen  
Anforderungen an den Bau und Betrieb
    - 1.2.2 Einrichtungen für hilfsbedürftige  
minderjährige Personen (ab 9  
Personen)
    - 1.2.3 Einrichtungen für körperlich und geistig  
behinderte Personen (ab 9 Personen)
    - 1.2.4 Tageseinrichtungen für hilfsbedürftige  
minderjährige oder behinderte  
Personen (ab 20 Personen)
  - 1.3 Kindergärten, -tagesstätten, -horte
  - 1.4 Kindertagespflegeverbände mit mehr  
als 9 Kindern
- 2. Übernachtungsbetriebe**
  - 2.1 Beherbergungsstätten mit mehr als 12  
Gastbetten nach SBauVO
  - 2.2 Obdachlosenunterkünfte
  - 2.3 Notunterkünfte (für Asylbewerber u.a.)
  - 2.4 Campingplätze nach CWVO
  - 2.5 Wohnheime mit mehr als 12 Betten  
außerhalb der SBauVO
- 3. Versammlungsobjekte -  
Versammlungsstätten nach SBauVO**
  - 3.1.1-3.1.2 (unbesetzt)
  
  - 3.1.3 Versammlungsstätten mit  
Versammlungsräumen, die einzeln  
mehr als 200 Besucherinnen und  
Besucher fassen, sowie  
Versammlungsstätten mit mehreren  
Versammlungsräumen, die insgesamt  
mehr als 200 Besucherinnen und  
Besucher fassen, wenn diese  
gemeinsame Rettungswege haben.

<p>3.1.4 Freiluftsportanlagen mit Nebenräumen (ab 5000 Plätzen)</p> <p>3.2 Schank-/Speisewirtschaften nach GastBauVO (ab 400 Plätze) ***)</p> <p>3.3 Versammlungsräume, die nicht der GastBauVO / VStättVO unterliegen</p> <p>3.3.1 Gebäude mit Bühnen-/Szenenflächen/Filmvorführungen (ab 50 Personen)</p> <p>3.3.2 Schank-/Speisewirtschaften in mehrfach genutzten Gebäuden ab 200 Personen (bei fehlender Personenangabe 2 Personen pro qm Freifläche)</p> <p>3.3.3 Schank-/Speisewirtschaften in mehrfach genutzten Gebäuden, jedoch nicht ebenerdig (ab 50 Personen)</p> <p>3.3.4 Räume für Sportveranstaltungen in mehrfach genutzten Gebäuden ab 1000 qm</p> <p><b>4. Unterrichtsobjekte</b></p> <p>4.1 Schulen nach bauaufsichtlichen Schulrichtlinien (BASchulR)</p> <p>4.2 Ausbildungsstätten (BASchulR nicht anwendbar)</p> <p>4.2.1 Eigenständige Unterrichtsgebäude/-trakte</p> <p>4.2.2 Unterrichtsräume (ab 100 Personen), in sonst anders genutzten Gebäuden</p> <p>4.2.3 Unterrichtsräume wie vor, jedoch nicht ebenerdig (ab 50 Personen)</p> <p><b>5. Hochhausobjekte</b></p> <p>5.1 Hochhäuser nach Hochhausverordnung (HochhVO) *)</p> <p><b>6. Verkaufsobjekte</b></p> <p>6.1 Geschäftshäuser nach Verkaufsstättenverordnung (VkVO) *)</p> <p>6.2 Gemeinschaftsladenzentren mit mehr als 2000 qm Verkaufsfläche</p> <p>6.3 Verkaufsstätten (VkVO nicht anwendbar)</p> <p>6.3.1 Verkaufsstätten in Verbindung zu anders genutzten Gebäuden mit mehr als 1000 qm Verkaufsfläche</p> <p>6.3.2 Verkaufsstätten wie vor, jedoch nicht ebenerdig mit mehr als 500 qm Verkaufsfläche</p> <p><b>7. Verwaltungsobjekte</b></p> <p>7.1 Mehrgeschossige Gebäude mittlerer Höhe mit mehr als 3000 qm Nutzfläche</p> <p>7.2 Verwaltungsräume in mehrfach genutzten Gebäuden mittlerer Höhe mit mehr als 1000 qm Nutzfläche</p> <p><b>8. Ausstellungsobjekte</b></p>	<p>3.1.4 Sportstadien, die mehr als 5.000 Besucher fassen</p> <p>3.15 Versammlungsstätten im Freien mit Szenenflächen, deren Besucherbereich mehr als 1.000 Besucherinnen und Besucher fasst.</p> <p>3.2 (unbesetzt)</p> <p>3.3 Gasträume und Räume mit Bühnen / Szenenflächen / Filmvorführungen, nicht ebenerdig, ab 50 Besucherinnen und Besucher</p> <p><b>4. Unterrichtsobjekte</b></p> <p>4.1 Schulen nach SchulBauRL</p> <p>4.2 Ausbildungsstätten mit Unterrichtstrakten oder Unterrichtsräumen ab 100 Personen (nicht ebenerdig: ab 50 Personen)</p> <p><b>5. Hochhausobjekte</b></p> <p>5.1 Hochhäuser nach SBauVo</p> <p><b>6. Verkaufsobjekte</b></p> <p>6.1 Verkaufsstätten nach SBauVO</p> <p>6.2 (unbesetzt)</p> <p>6.3 Verkaufsstätten &gt; 700 qm Verkaufsfläche</p> <p><b>7. Verwaltungsobjekte</b></p> <p>7.1 Büro- und Verwaltungsgebäude mittlerer Höhe &gt; 3.000 qm Geschossfläche</p> <p><b>8. Ausstellungsobjekte</b></p>
---	--

8.1 Museen	8.1 Museen
8.2 Messegebäude	8.2 Messe- und Ausstellungsbauten
<b>9. Garagen</b>	<b>9. Garagen</b>
9.1 Großgaragen nach Garagenverordnung (GarVO) *)	9.1 Großgaragen nach SBauVO
9.2 Unterirdische, geschlossene Mittelgaragen (> 500 qm) in Verbindung zu anders genutzten Gebäuden	9.2 Unterirdische geschlossene Mittelgaragen > 500 qm in Verbindung zu anders genutzten Gebäuden
<b>10. Gewerbeobjekte</b>	<b>10. Gewerbeobjekte</b>
10.1 Herstellung, Produktion	10.1 Gewerbeobjekte zur Herstellung und Produktion
10.1.1 Betriebe zur Herstellung, Bearbeitung und zum Umgang von/mit überwiegend brennbaren Stoffen mit einer Brandabschnittsgröße von mehr als 800 qm	10.1.1 Betriebe zur Herstellung, Bearbeitung und zum Umgang von/mit überwiegend brennbaren Stoffen mit einer Brandabschnittsgröße > 800 qm
10.1.2 Betriebe wie vor, jedoch nicht ebenerdig mit einer Brandabschnittsgröße von mehr als 400 qm	10.1.2 Betriebe zur Herstellung, Bearbeitung und zum Umgang von/mit überwiegend brennbaren Stoffen, in Verbindung zu Wohngebäuden oder nicht ebenerdig, mit einer Brandabschnittsgröße > 400 qm
10.1.3 Betriebe zur Herstellung, Bearbeitung und zum Umgang von/mit überwiegend nichtbrennbaren Stoffen mit einer Brandabschnittsgröße von mehr als 1600 qm	10.1.3 Betriebe zur Herstellung, Bearbeitung und zum Umgang von/mit überwiegend nichtbrennbaren Stoffen mit einer Brandabschnittsgröße > 1.600 qm
10.1.4 Betriebe wie vor, jedoch nicht ebenerdig mit einer Brandabschnittsgröße von mehr als 800 qm	10.1.4 Betriebe zur Herstellung, Bearbeitung und zum Umgang von/mit überwiegend nichtbrennbaren Stoffen, in Verbindung zu Wohngebäuden oder nicht ebenerdig, mit einer Brandabschnittsgröße > 800 qm
10.1.5 Betriebe zur Herstellung, Bearbeitung und zum Umgang von/mit überwiegend brennbaren Flüssigkeiten, Gasen und Gefahrenstoffen, die gemäß der Verordnung über brennbare Flüssigkeiten (VbF)/Druckbehälterverordnung (DruckbehälterVO)/ Chemikaliengesetz (ChemikalienG)/ Sprengstoffgesetz (SprengstoffG) mit besonderen Brandschutzmaßnahmen durch die Bezirksregierung Köln bzw. die Untere Umweltbehörde genehmigt wurden	10.1.5-10.1.6 (unbesetzt)
10.1.6 Betriebe wie vor, jedoch in unmittelbarer Verbindung zu Wohngebäuden mit einer Brandabschnittsgröße von mehr als 200 qm	
10.2 Lagerung	10.2 Gewerbeobjekte zur Lagerung
10.2.1 Gebäude zur Lagerung brennbarer Flüssigkeiten, die gem. VbF/DruckbehälterVO/ChemikalienG)/SprengstoffG mit besonderen Brandschutzmaßnahmen durch die Bezirksregierung Köln bzw. die Untere Umweltbehörde genehmigt wurden	10.2.1 (unbesetzt)

10.2.2 Gebäude zur Lagerung überwiegend nichtbrennbarer Stoffe mit mehr als 3200 qm Lagerfläche	10.2.2 Gebäude zur Lagerung überwiegend nichtbrennbarer Stoffe > 3.200 qm Lagerfläche
10.2.3 Gebäude wie vor, jedoch nicht ebenerdig mit mehr als 1600 qm Lagerfläche	10.2.3 Gebäude zur Lagerung überwiegend nichtbrennbarer Stoffe, nicht ebenerdig > 1600 qm Lagerfläche
10.2.4 Gebäude zur Lagerung brennbarer Stoffe mit mehr als 1600 qm Lagerfläche	10.2.4 Gebäude zur Lagerung überwiegend brennbarer Stoffe > 1.600 qm Lagerfläche
10.2.5 Gebäude wie vor, jedoch nicht ebenerdig mit mehr als 800 qm Lagerfläche	10.2.5 Gebäude zur Lagerung überwiegend brennbarer Stoffe, nicht ebenerdig, > 800 qm Lagerfläche
10.2.6 Freilager für überwiegend brennbare Stoffe mit mehr als 5000 qm Lagerfläche	10.2.6 Freilager für überwiegend brennbare Stoffe > 5.000 qm Lagerfläche
10.2.7 Hochregallager	10.2.7 Hochregallager
	10.3 Gebäude und Anlagen der Gefahrengruppen nach FwDV 500
	10.3.1 Gebäude und Anlagen der Gefahrengruppe II A und III A nach FwDV 500
	10.3.2 Gebäude und Anlagen der Gefahrengruppe II B* und III B nach FwDV 500
	10.3.3 Gebäude und Anlagen der Gefahrengruppe II C* und III C nach FwDV 500
	10.4 Kraftwerke und Umspannwerke
<b>11. Sonderobjekte (nach örtlicher Festlegung)</b>	<b>11. Sonderobjekte</b>
11.1 Besonders brandgefährdete Baudenkmäler	11.1 Besonders brandgefährdete Baudenkmäler
11.2 Landwirtschaftliche Betriebsgebäude mit mehr als 2000 m <sup>3</sup>	11.2 Landwirtschaftliche Betriebsgebäude > 2000 cbm in Verbindung zu Wohngebäuden
11.3 Kirchen und Gebetsstätten	11.3 Kirchen und Gebetsstätten
11.4 Unterirdische Verkehrsanlagen	11.4 Unterirdische Verkehrsanlagen
11.5 Objekte mit radioaktiven Stoffen ab Gruppe 3 nach Strahlenschutzverordnung (StrahlenschutzVO)	11.5 (unbesetzt)
11.6 Hotel- und Gaststättenschiffe	11.6 Hotel- und Gaststättenschiffe
11.7 Bahnhöfe mit Verkaufsstätten größer als 500 qm Verkaufsfläche	11.7 Bahnhöfe mit hohen Personenströmen *
11.8 Anlagen und Einrichtungen mit biologischen Arbeitsstoffen ab Gefahrengruppe 2 nach dem (Entwurf) der Richtlinie für den Feuerwehreinsatz in Anlagen mit biologischen Arbeitsstoffen	11.8 (unbesetzt)
11.9 Flächen für die Feuerwehr, § 5 Abs. 5 BauO NW – Zufahrten auf Grundstücke (nach örtlicher Festlegung)	11.9 Flächen für die Feuerwehr außerhalb der klassifizierten Objekte *
	11.10 Justizvollzugsanstalten und Gebäude des Maßregelvollzugs
	11.11 Flughäfen
	11.12 Sonstige kritische Infrastrukturen *

<p><b>*) überprüfungspflichtiges Objekt</b></p> <p>Ist ein in der Anlage 3 nicht ausdrücklich aufgeführtes Objekt Gegenstand von Leistungen gem. Anlage 2, wird es einem vergleichbaren Objekt zugeordnet.</p>	<p><b>11.13 Sonstige Objekte nach Gefährdungsanalyse *</b></p> <p>*Einstufung der Brandschaupflicht durch die örtlich zuständige Brandschutzdienststelle</p> <p><b>Ist ein in der Anlage 3 nicht ausdrücklich aufgeführtes Objekt Gegenstand von Leistungen gem. Anlage 2, wird es einem vergleichbaren Objekt zugeordnet.</b></p> <p>Hinweis: Die Objektgruppen entsprechen den Empfehlungen des Lenkungsausschusses VB NRW.</p>
--	---